

53.0 – Verwaltung und Gesundheitsförderung

**B e s c h l u s s v o r l a g e**  
für den  
**öffentlichen Sitzungsteil**

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Ausschuss für Inklusion und Gesundheit	07.11.2023	Entscheidung

Tagesordnungs- Punkt	
	<b>Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, GRÜNE, SPD und FDP vom 29.09.2023: Stationäre Versorgung im RSK; Aktueller Sachstand zur Umsetzung des Krankenhausplans NRW</b>

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, das Thema „Aktueller Sachstand zur Umsetzung des Krankenhausplans Nordrhein-Westfalen“ auf die Tagesordnung der nächstfolgenden Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit zu setzen und zu dem TOP eine Vertreterin oder einen Vertreter der Bezirksregierung Köln einzuladen, um einen aktuellen Sachstandsbericht zur Umsetzung der regionalen Planungsverfahren im Versorgungsgebiet 6 vorzustellen.

**Vorbemerkungen:**

Mit Schreiben vom 29.09.2023 hatten die Kreistagsfraktionen CDU, GRÜNE, SPD und FDP beantragt, für die nächste Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit am 07.11.2023 das Thema „Aktueller Sachstand zur Umsetzung des Krankenhausplans Nordrhein-Westfalen“ auf die Tagesordnung zu setzen und zu dem TOP eine Vertreterin oder einen Vertreter der Bezirksregierung Köln einzuladen, um einen aktuellen Sachstandsbericht zur Umsetzung der regionalen Planungsverfahren im Versorgungsgebiet 6 vorzustellen.

Trotz unverzüglicher Einladung durch die Verwaltung teilte die Bezirksregierung Köln am 20.10.2023 per Email mit, aus terminlichen Gründen nicht an der Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit teilnehmen zu können.

Die aufgeworfenen Fragen beantwortete sie (zunächst) wie folgt:

*„Wir sind aktuell dabei, die regionalen Planungskonzepte zu sichten und zu bewerten. Wir arbeiten uns dabei von der Kreisebene über die Ebene der Versorgungsgebiete zur Ebene Regierungsbezirk und Landesteil hoch. Aufgrund personeller Engpässe sind wir diesbezüglich noch nicht im VG 6 aktiv. Ich kann Ihnen aber versichern, dass uns die Versorgungssituation im Rhein-Sieg-Kreis bekannt ist. Wir werden die Stellungnahmen der KGK und des Fachausschusses berücksichtigen. Bezüglich der Resolution möchte ich anmerken, dass für die Finanzierungsfragen der Bund zuständig ist.“*

Die Verwaltung regt an, die Einladung einer Vertreterin/eines Vertreters der Bezirksregierung in die nächstfolgende Ausschusssitzung aufrecht zu erhalten und diese zu bitten, dann – unter Bezugnahme auf die im Antrag gestellten Detailfragen – zum Sachstand der Umsetzung der regionalen Planungsverfahren im Versorgungsgebiet zu berichten.

### **Zur Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit am 07.11.2023**

Im Auftrag

gez.

Ursula Thiel

(Dezernentin für Gesundheit und Soziales,  
Versorgung und kommunale Integration)